

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann Scheer, Doris Barnett, Dr. Axel Berg, Hans-Werner Bertl, Petra Bierwirth, Gerd Friedrich Bollmann, Klaus Brandner, Marco Bülow, Detlef Dzembitzki, Siegmund Ehrmann, Elke Ferner, Dieter Grasedieck, Monika Griefahn, Gabriele Groneberg, Wolfgang Grotthaus, Anke Hartnagel, Hubertus Heil, Reinhold Hemker, Rolf Hempelmann, Walter Hoffmann (Darmstadt), Renate Jäger, Klaus Werner Jonas, Ulrich Kasparick, Ulrich Kelber, Astrid Klug, Karin Kortmann, Anette Kramme, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Christian Lange (Backnang), Gabriele Lösekrug-Möller, Lothar Mark, Ulrike Mehl, Christian Müller (Zittau), Dr. Sascha Raabe, Walter Riester, René Röspel, Karin Roth (Esslingen), Thomas Sauer, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Wilfried Schreck, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dr. Rainer Wend, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Engelbert Wistuba, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Heidi Wright, Dr. Christoph Zöpel, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Michaela Hustedt, Hans-Josef Fell, Undine Kurth (Quedlinburg), Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Franziska Eichstädt-Bohlig, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Dr. Reinhard Loske, Friedrich Ostendorff, Albert Schmidt (Ingolstadt), Ursula Sowa, Dr. Antje Vogel-Sperl, Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiativen der Bundesregierung
 - zur Durchführung einer Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien Anfang Juni 2004, zu der bereits Bundeskanzler Gerhard Schröder die Regierungen der Staatenwelt in seiner Rede vor dem UN-Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg eingeladen hat. Diese Rede hat dort großen Anklang gefunden und positive Erwartungen an diese deutsche Initiative hervorgerufen;
 - zur Unterzeichnung der Erklärung gleichgesinnter Staaten „The Way Forward on Renewable Energy“ auf dem UN-Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg, die das Voranschreiten ambitionierter Regierungen und deren Zusammenarbeit für den weltweiten Ausbau Erneuerbarer Energien vorsieht.

Die Internationale Konferenz wird die für die verstärkte Förderung Erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz unerlässliche politische Kommunikationsebene schaffen. Es dient jedoch der internationalen Breitenwirkung dieser Konferenz unter den weltweiten Akteuren, wenn in diese Regierungskonferenz ein NGO-Forum, ein Wissenschaftsforum, ein Industrieforum und ein Forum zur Entwicklungszusammenarbeit und Energie integriert wird.

Der Deutsche Bundestag betrachtet die Initiativen der Bundesregierung als konsequente Ergänzung der nationalen Fördermaßnahmen für Erneuerbare Energien, mit denen die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren hervorgetreten ist und die auf dem Weltgipfel in Johannesburg als weltweit beispielhaft bewertet worden sind. Damit unterstreicht die Bundesrepublik Deutschland ihre Bereitschaft zur aktiven Mitverantwortung für den globalen Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz, zur Vermeidung internationaler Konflikte um erschöpfliche Energieressourcen und zur Befriedigung elementarer Energiebedürfnisse vor allem der Entwicklungsländer, die zur Bekämpfung der Armut unerlässlich ist.

Dabei spielen Erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz eine Schlüsselrolle. Dies muss weltweit in partnerschaftlicher Weise kontinuierlich vorangetrieben werden. Denn national wie international ist auch die Verbesserung der Energieeffizienz eine unerlässliche Voraussetzung für eine nachhaltige Energiepolitik. Die substanzielle Steigerung der Energieeffizienz im Bereich der End- und Nutzenergie muss zu einer deutlich stärkeren Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch führen.

- II. Für die Vorbereitung und Durchführung der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,
- ein internationales Vorbereitungskomitee einzusetzen, das nach dem Vorbild der Süßwasserkonferenz vom Dezember 2001 in Bonn die Themen der Konferenz festlegt, mit den Schwerpunkten Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. In diesem Komitee sollten neben Vertretern anderer Regierungen, die EU-Kommission, der Weltrat für Erneuerbare Energien, internationale Vertreter von Organisationen der Erneuerbaren Energien und Umwelt-, Entwicklungs- und Industrieorganisationen repräsentiert sein;
 - ein nationales Begleitkomitee zu bilden, in dem neben Vertretern der Bundesregierung Abgeordnete aus allen Fraktionen, die Deutsche Energie-Agentur sowie deutsche Organisationen und Unternehmen auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien, Umweltschutzverbände und Organisationen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit vertreten sind;
 - die Initiative gleichgesinnter Staaten in Johannesburg für einen verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienzsteigerung mit der Festlegung anspruchsvoller quantifizierter Ziele und Zeitpläne voranzutreiben;
 - da die Mobilisierung Erneuerbarer Energien einschließlich der Ansätze zur Steigerung der Energieeffizienz nicht nur eine technologisch-industrielle, sondern eine politische und zivilgesellschaftliche Herausforderung ist, empfiehlt der Deutsche Bundestag, im Rahmen dieser Internationalen Konferenz ein NGO-Forum, ein Wissenschaftsforum, ein Forum zur Entwicklungszusammenarbeit und Energie sowie ein Industrieforum zu veranstalten.

III. Internationales Parlamentarier-Forum für Erneuerbare Energien

Der Deutsche Bundestag wird auf dieser Konferenz ein internationales Parlamentarierforum durchführen und dafür die Parlamente aller Staaten einladen, mit Abgeordneten daran teilzunehmen. Für die Vorbereitung dieses Forums wird der Deutsche Bundestag den Kontakt mit anderen Parlamenten, internationalen Parlamentarierorganisationen und den weltweiten Zusammenschlüssen demokratischer Parteien aufnehmen.

Indem der Deutsche Bundestag im Rahmen dieser Konferenz ein Parlamentarier-Forum durchführt, wird dies die unverzichtbare legislative Verantwortung der Parlamente für die Schaffung geeigneter gesetzlicher Rahmenbedingungen unterstreichen. Dies entspricht auch der Rolle des Deutschen Bundestages, aus dessen Mitte die international beachteten deutschen Rahmenbedingungen zur Förderung Erneuerbarer Energien initiiert wurden.

Berlin, den 8. April 2003

Franz Müntefering und Fraktion

Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

